

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 17

26. Januar 1981

Alfred Emmerlich MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion, dankt Hans-Jochen Vogel: Als Bundesminister der Justiz Maßstäbe gesetzt.

Seite 1-3

Ulrich Steger MdB erläutert die Beschluslage innerhalb der SPD zu Brokdorf: Eindeutig.

Seite 4/5

Dieter Schinzel MdEP weist auf das Leiden von Schlachtpferden bei Transporten quer durch Europa hin: Schärfere Kontrollen vonnöten.

Seite 6

Bleibender Dank

Hans-Jochen Vogel setzte als Bundesminister der Justiz Maßstäbe

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Sechseinhalb Jahre lang, länger als jeder andere, leitete Hans-Jochen Vogel das Bundesministerium der Justiz. Er setzte die seit dem 1. Dezember 1966 ununterbrochene Kette sozialdemokratischer Justizminister fort, die sich als Glücksfall für die zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Gesellschaftspolitik erstarkenden Rechtspolitik erwiesen hat. Wenn unsere Rechtsordnung heute nicht mehr entscheidend vom Kaiserreich und der Weimarer Republik geprägt ist, wenn vielmehr die Bundesrepublik zu ihrer eigenen, die Wertungen des Grundgesetzes widerspiegelnden Rechtsordnung gefunden hat, so ist das vor allem auch sein Verdienst.

Die Fülle der hierzu erforderlichen Einzelschritte war beträchtlich. Hans-Jochen Vogel selbst hat den erreichten, evolutionären wie tiefgreifenden Wandel so umrissen:

- Für das Strafrecht die Betonung des ultima ratio-Charakters des staatlichen Strafens und die Hinwendung zum Gedanken der Resozialisierung;
- für das Familienrecht schrittweise die weitere Durchsetzung der Gleichberechtigung und der Partnerschaft sowie die Anerkennung der sich in einem Entwicklungsprozeß entfaltenden Grundrechtsmündigkeit des Kindes und des jungen Menschen;
- im Verbraucherschutz der Übergang von der formellen Rechtsgleichheit zur inhaltlichen Chancengleichheit und

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Fortschrittlicher Umgang
mit dem alten Rechtsgesetz
Rechtsprechung



- bei den Prozeßordnungen die stärkere Berücksichtigung des Gedankens der Verfahrensbeschleunigung.

Ein Gesetz, dessen Bedeutung weit über die Rechtspolitik hinausgeht, greife ich heraus, ohne dabei die große Bedeutung der unter der Leitung von Hans-Jochen Vogel gereiften Reformwerke, etwa des Ersten Ehe- und Familienrechtsreformgesetzes, zu verkennen: die Aufhebung der Verjährung bei Morddelikten. Als das Gesetz verabschiedet wurde, sprach er sich aus tiefster Überzeugung dafür aus, daß wir nach den millionenfachen Morden der NS-Herrschaft Zeichen aufrichten müssen:

"Die Abschaffung der Todesstrafe im Grundgesetz war ein solches Zeichen; Übrigens: die völlige Abschaffung der Todesstrafe, nicht nur ihre Abschaffung für den Bereich, in dem sie mißbraucht wurde. Die Aufhebung der Verjährung für Mord würde ein zweites Zeichen sein - auch hier die völlige Aufhebung, nicht nur die Aufhebung für einzelne, genau ausgezirkelte Bereiche des Mordes. Sie würde ein Zeichen für die radikale Absage an das Verwerflichste der Schreckensherrschaft, nämlich das Mörderische, das Lebensvernichtende am Nationalsozialismus."

Hans-Jochen Vogel hat mit diesem Gesetz sowie mit seinem erfolgreichen Bemühen, die Strafverfolgung neonazistischer Straftäter zu verstärken und ihre Schlupflöcher zu verbauen, dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland, aber auch ihrem Ansehen bei der jungen Generation unseres eigenen Landes einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Wir Sozialdemokraten werden seinen Weg kompromißlos weitergehen.

Die von Hans-Jochen Vogel gesteckten Reformziele - die Fortentwicklung des bürgerlichen zum sozialen Recht, der Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, die angemessene sozialstaatliche Erwidern auf neue gesellschaftliche und technische Herausforderungen - werden uns in der neunten Legislaturperiode leiten. Sie reichen jedoch ebenso über diese Zeitspanne hinaus wie die Grundsatzaussagen von Hans-Jochen Vogel zur Rolle des Staates und des Rechts, mit denen er die von Kurt Schumacher, Hermann Heller, Gustav Radbruch und Adolf Arndt entwickelten Ansätze aufnahm:

"Zuallererst sind Recht und Staat ein Bestandteil der Kultur; sie leben auf die vielfältigste Weise in der Kommunikation und Interaktion der Mitglieder der Rechtsgemeinschaft untereinander und mit den zur Anwendung und Durchsetzung der Normen Berufenen."



Für ihn darf das Recht nicht zum Werkzeug der Herrschaft und des Machtkampfes werden:

"Das besondere Problem der Rechtspolitik ist es mithin, kontroverse politische Entwürfe in der Weise durchzusetzen, daß das Ergebnis "Recht", nicht nur ein zwangsweise durchgesetztes Regelsystem, sondern auch eine als gerecht erfahrende Lebensordnung darstellt."

Hans-Jochen Vogel, dem nichts mehr zuwider ist als eine "Politik mit Schaum vor dem Mund", hat mit seinen Grundsatzaussagen und durch sein persönliches Vorbild zugleich einen wichtigen Beitrag zur politischen Kultur in der Bundesrepublik geleistet.

Ein Hauptgrund seines Erfolges als Bundesjustizminister bestand darin, daß er in erster Linie Parlamentarier und erst in zweiter Linie Leiter seines Ministeriums war. Kaum eine Sitzung des Arbeitskreises Rechtswesen der SPPD-Bundestagsfraktion ohne ihn, keine Gesetzesvorlage, die er nicht selbst dem Arbeitskreis erläutert hätte! Die nie abreißende Diskussion mit den für die Rechtspolitik verantwortlichen Abgeordneten ermöglichte eine Rechtspolitik mit Augenmaß. Er hat so für die Zusammenarbeit zwischen einem Minister und dem Parlament Maßstäbe gesetzt.

Hans-Jochen Vogel war auch in der schweren Zeit der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in der Verantwortung. Er betonte immer wieder, daß der Vollzug der bestehenden Gesetze und die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus Vorrang vor der weiteren Gesetzgebung habe. In einer Zeit, als die Opposition allein 42 Änderungen des Strafgesetzbuches forderte, gelang es ihm, die Neuregelungen auf das kriminalpolitisch Erforderliche zu begrenzen. Er verschloß sich schließlich auch nicht der Überprüfung der Regelungen zur Bekämpfung des Terrorismus auf Wirksamkeit und Notwendigkeit.

Hans-Jochen Vogel war ein großer Bundesjustizminister. Wir schulden ihm bleibenden Dank.

(-/26.1.1981/ks/ca)

+ + +



Eindeutig

Brokdorf und die Beschlußlage der SPD

Von Ulrich Steger MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises
"Wirtschaftspolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung wie die Industrie gut beraten war, ausgerechnet am symbol-belasteten Standort Brokdorf nach fünfjähriger Pause den ersten wieder ernsthaft beabsichtigten Bau eines Kernkraftwerkes voranzutreiben. Man wird auch sicher über die energiepolitische wie regionale Zweckmäßigkeit dieses Leichtwasser-Reaktors streiten. In jeder Hinsicht wäre ein neues Kernkraftwerk, was zum Beispiel für die Stromversorgung des östlichen Ruhrgebietes bestimmt wäre, unproblematischer gewesen. Hier gibt es weder symbol-belastete Standorte noch kann ernsthaft bestritten werden, daß - trotz eingelösten Vorranges für die Kohle - zur Verdrängung von Gas aus dem Grundlastbereich selbst bei konstantem Stromverbrauch ein Kernkraftwerk notwendig ist.

Nur kann man nach sorgfältiger Prüfung wohl kaum noch darüber streiten, daß nach der Beschlußlage der SPD der Reaktor in Brokdorf weitergebaut werden kann.

Der Hamburger Parteitagbeschuß von 1977 führt dazu aus: "Gegenwärtig im Bau befindliche (erste Teilerrichtungsgenehmigung) Kernkraftwerke können fertiggestellt werden. Sie erhalten nur dann eine Betriebsgenehmigung, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt worden ist oder eine Entsorgung bis zur Errichtung eines integrierten Entsorgungszentrums vertraglich verbindlich sichergestellt worden ist."

Dazu erläuterte der Sprecher der Antragskommission, Horst Ehmke, in seinem Bericht ausdrücklich: "Im Bau befindliche Kernkraftwerke werden fertiggestellt. Die Antragskommission hat aus tatsächlichen wie aus rechtlichen Gründen klargestellt, daß mit 'im Bau befindliche' Kraftwerke gemeint sind, für die die zuständige Behörde die erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt hat. Diese Gruppe im Bau befindlicher Leichtwasserreaktoren hat eine Leistung von insgesamt etwas mehr als 14.000 Megawatt."

Welche Kernkraftwerke diese etwas mehr als 14.000 Megawatt umfaßt, läßt sich unschwer aus der vorher veröffentlichten zweiten Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung entnehmen: Sie weist für im Bau befindliche Leichtwasserreaktoren eine Kapazität von 14.180 Kilowatt einschließlich der seinerzeit gerichtlich gestoppten drei Kernkraftwerke Grohnde, Wyhl und Brokdorf aus. (Die Rechtskraft der ersten Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung war keine Bedingung!) Unter die "im Bau befindlichen Kernkraftwerke" im Sinne des Parteitagbeschlusses fällt also auch das Kernkraftwerk Brokdorf.

Als interessante historische Randbemerkung sei darauf hingewiesen, daß damals ein namhafter Sprecher des schleswig-holsteinischen Landesverbandes die proklamierte Kohlevorrang-Politik kritisierte: "Eine Kopplung (des Kernkraftwerksbaus - U.St.) an den



Restbedarf ohne gleichzeitig zu sagen, wie man das machen will, die regionalen Kohlestrompreisunterschiede auszugleichen, und ohne gleichzeitig zu sagen, wie man es machen will, daß die Kohle bei uns in Schleswig-Holstein oder im Hamburger Raum als Stromerzeugung überhaupt konkurrenzfähig angeboten werden kann, ist leider ein untauglicher Versuch, dem Problem gerecht zu werden."

Der Berliner Parteitagbeschuß zur Energiepolitik - der ausdrücklich einleitend auf den Hamburger Beschluß verweist - mußte bei den im Bau befindlichen Kernkraftwerken die neue Lage bei der Entsorgung (Albrechts Veto gegen Gorleben) berücksichtigen. Deshalb wurde beschlossen: "Im Bau befindliche Kernkraftwerke werden zu Ende gebaut. Eine Betriebsgenehmigung können sie nur erhalten,

- wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein integriertes Entsorgungszentrum erteilt oder eine Entsorgung bis zur Errichtung eines integrierten Entsorgungszentrums durch verbindliche Verträge sichergestellt worden ist,
- oder wenn durch den Bau ausreichender Zwischenlagerkapazitäten eine Zwischenlösung bis zur sicheren Endlagerung gewährleistet ist und die Arbeiten zur Entwicklung eines sicheren Endlagers zügig fortgeführt werden."

Der Sprecher der Antragskommission, Horst Ehmke, führte zu diesem Punkt aus: "Im Bau befindliche Kernkraftwerke können in Betrieb bleiben, wenn Zwischenlagerkapazitäten gebaut und die Entwicklung eines sicheren Endlagers zügig fortgeführt wird."

Niemand wird also bestreiten können, daß sowohl nach den erfolgten gerichtlichen Entscheidungen wie von der Beschlußlage der SPD her, Brokdorf weiter ausgebaut werden kann. Auch im Sinne der Empfehlungen der Enquete-Kommission, gibt es keinen Grund, gerade Brokdorf den Weiterbau zu verweigern.

Allerdings ist mir bewußt, daß man mit diesen Argumenten allein keine Bürger überzeugen kann, so wichtig sie für die parteiinterne Willensbildung und das Verhalten der Mandatsträger auf allen Ebenen sein muß. Die politisch offene Flanke des Weiterbaues in Brokdorf liegt in der Energie-Einsparpolitik und der Förderung nicht-nuklearer Energietechnologien, wo sich bislang eine sehr unzureichende Umsetzung der Berliner Parteitagbeschlüsse zeigt. Die Energiekommission beim SPD-Parteivorstand hat dies kürzlich ausdrücklich kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert, ihre Prüfungsergebnisse der Vorschläge zur Energieeinsparung umgehend vorzulegen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Nur die Energiepolitik bleibt letztlich glaubwürdig, die bei der Um- und Durchsetzung der Einsparungen genau soviel Widerstand in Kauf nimmt, wie das bei der Kernenergie der Fall sein wird. Die hier bestehenden Zusammenhänge gelten nicht nur für SPD-Mitglieder: Jeder der glaubt, er könne Kernenergie in diesem Lande weiter ausbauen, ohne mindestens die gleiche Priorität auf die Energieeinsparung zu legen, wird politisch wie ökonomisch in der Sackgasse landen. (-/26.1.1981/ks/ca)

+ + + +



Schärfere Kontrollen vonnöten

Dem Leid der Schlachtpferde kann man nicht mit Papier entgegenwirken

Von Dieter Schinzel MdEP

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat jetzt bestätigt, daß Schlachtpferde beim internationalen Transport häufig nicht nach den Gemeinschaftsvorschriften zum Schutz von Tieren befördert werden. Mindestens zehn Prozent der Pferde gehen auf ihrem mehrere Tage dauernden Leidensweg erbärmlich zugrunde: durch Erschöpfung, verhungert, verdurstet oder von verängstigten Artgenossen totgetrampelt.

Die Kommission hat aufgrund derartiger Informationen die betreffenden Mitgliedstaaten aufgefordert, für die Einhaltung der Richtlinien Sorge zu tragen.

Gemäß einer Gesetzesvorschrift dürfen beispielsweise aus Griechenland keine gesunde Pferde exportiert werden. Nachweislich kommen Pferde jedoch mit gewaltsam zugefügten Verletzungen in italienischen Häfen an. Die Behörden dieser beiden EG-Partner sind nunmehr auf ihre Verpflichtungen gemäß den Gemeinschaftsvorschriften und der Europäischen Konvention zum Schutz der Tiere bei internationalen Transporten hingewiesen worden. Erhebliche Verbesserungen sollen nach Auskunft der Kommission bereits erzielt worden sein.

Darüber hinaus hat die EG-Kommission die Mitgliedstaaten dringend ersucht, ihren Vorschlag für Anwendungsbestimmungen der bestehenden Richtlinie anzunehmen. Darin wird unter anderem die Befriedigung der biologischen Bedürfnisse der Tiere beim Transport gefordert. Es liegt also in den Händen der Mitgliedstaaten, die bestehenden Regelungen weiter zu verbessern.

Hinweise und Forderungen an Behörden sowie Richtlinien sind jedoch zunächst nur bedrucktes Papier; sie allein genügen nicht, das Leiden der Tiere auf internationalen Transporten zu lindern oder gar einzustellen. Schärfere Kontrollen sind vonnöten. Dies gilt insbesondere auch für die Bundesrepublik Deutschland, wenn polnische Pferde auf ihrem Transport nach Frankreich hier Zwischenstation machen. (-/26.1.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

